

Fragen

für die Fragestunde der 129. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 14. Oktober 2015

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	12, 13
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	5, 6
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	1, 2	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3, 4
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	21, 24	Kunert, Katrin (DIE LINKE.)	10, 11
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	18, 34	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19, 20
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	8, 9	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 32	Vogler, Kathrin (DIE LINKE.)	17, 35
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	29, 33	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	27, 28
Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	25, 26		
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	7		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie...	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.....	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit.....	12

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr
und digitale Infrastruktur**

1. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
Weshalb wurde die Abgasmessung am Endrohr (sog. Endrohrmessung) ab dem Jahr 2010 auf die „on board diagnostic“ umgestellt, obwohl die Deutsche Umwelthilfe e. V. bereits am 6. Januar 2009 den damaligen Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Wolfgang Tiefensee, schriftlich auf mögliche Probleme hinwies (www.duh.de/5208.0.html)?
2. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
Warum wurde das Bundesverkehrsministerium oder das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) nicht tätig, als die Deutsche Umwelthilfe e. V. im Februar 2011 auf Probleme von Volkswagen-Fahrzeugen mit überschrittenen NOx-Emissionen hinwies?
3. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Maßnahmen hat die Volkswagen AG (VW) dem KBA am 7. Oktober 2015 zur Bewältigung des Abgasskandals vorgelegt, und wie bewertet die Bundesregierung die Vorschläge?
4. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Wo sind die Sanktionen, die nach Artikel 46 in der Rahmenrichtlinie 2007/46/EG bei Verstößen gegen diese Richtlinie anzuwenden sind, im deutschen Recht verankert, und welche Sanktionsmaßnahmen sind konkret definiert?
5. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche konkreten Maßnahmen beinhaltet der Plan, zu dessen Abgabe bis zum 7. Oktober 2015 beim KBA der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, Alexander Dobrindt, den VW-Konzern in der Folge des Abgasskandals aufgefordert hat, und wird die Bundesregierung den Plan dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen?

6. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Werden im Rahmen der durch den Bundesverkehrsminister angekündigten Nachprüfungen durch das KBA Neufahrzeuge oder bereits zugelassene Diesel-Fahrzeuge untersucht, und was wird konkret dabei untersucht werden?
7. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird das KBA ein Ordnungswidrigkeitenverfahren gegen VW einleiten (bitte rechtliche Grundlage benennen), und wenn nein, warum nicht?
8. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Wie hat sich nach Kenntnis der Bundesregierung der Lärm durch den Schienenverkehr an der „Berliner Strecke“ im Landkreis Meißen seit 2009 entwickelt, und für wie viele der auf dieser Strecke fahrenden Güterzüge wurde seit dem 1. Juni 2013 zusätzlich zum regulären Trassenentgelt ein lärmabhängiges Entgelt (Malus) erhoben?
9. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Was hat die Bundesregierung in den vergangenen vier Jahren zur Senkung des Lärms infolge des Schienenverkehrs im Landkreis Meißen getan, und welche diesbezüglichen Aktivitäten sind für die Jahre 2015 bis 2017 geplant?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

10. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Sind die Beratungen innerhalb des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) zur Änderung der Sportanlagenlärmschutzverordnung (SALVO), die Ende Juli 2015 beendet sein sollten (vgl. Plenarprotokoll 18/90, Anlage 13, Antwort auf meine mündliche Frage 19), aber im September 2015 immer noch andauerten (vgl. Antwort auf meine Schriftliche Frage 57 auf Bundestagsdrucksache 18/6020), inzwischen abgeschlossen, und wenn nein, wann ist damit zu rechnen?

11. Abgeordnete
Katrin Kunert
(DIE LINKE.)
- Wenn ja, zu welchen Änderungsvorschlägen zur SALVO konnte eine Einigung erzielt werden (bitte begründen)?
12. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung seit ihrer Antwort auf meine Mündliche Frage 25 auf Bundestagsdrucksache 18/4641 zum Sachverhalt der Anomalien in Deckel- und Bodenkalotte des Reaktordruckbehälters beim Atomkraftwerk-Neubauvorhaben Flamanville 3 hinzu gewonnen (vgl. Plenarprotokoll 18/99 Anlage 20), und welche Schritte plant sie für einen entsprechenden Erkenntnisgewinn (ggf. bitte mit zugehörigen zeitlichen Angaben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

13. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Umstand, dass nach den Regelungen des von ihr vom 2. bis 9. September 2015 in die Länder- und Verbändeanhörung gegebenen Referentenentwurfs des Gesetzes zur Konzernhaftung im Nuklearbereich die vom E.ON-Konzern geplante Unternehmensausgliederung namens Uniper im Sinne des Entwurfs nicht für den künftigen E.ON-Konzernbereich haften müsste (vgl. hierzu die Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 9 in der Fragestunde vom 23. September 2015, Plenarprotokoll 18/123, Seite 11894, in Verbindung mit dem Fernsehbericht des WDR-Magazins MONITOR vom 24. September 2015), und wie lautet der Zeitplan der Bundesregierung für dieses Gesetz (bitte mit Angabe aller wesentlichen Meilensteine wie insbesondere Kabinettsbefassung, Einbringung in den Deutschen Bundestag und Bundesrat und Inkrafttreten)?
14. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist nach Kenntnis der Bundesregierung der weitere Zeitplan für den Abschluss eines Abkommens für den Handel mit Umweltgütern (Environmental Goods Agreement – EGA), und auf welche Produkte jenseits der APEC-Liste (APEC: Asiatisch-Pazifische Wirtschaftsgemeinschaft), insbesondere Agrargüter, wird sich das

Abkommen nach Kenntnis der Bundesregierung erstrecken?

15. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Sondergutachten der Monopolkommission zur Wettbewerbssituation auf den Energiemärkten, insbesondere im Hinblick auf die Beurteilung der Kapazitätsreserve?
16. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass es aufgrund der Reserve zu Wettbewerbsverzerrungen auf dem Strommarkt kommen könnte, und die Reserve zugleich nicht der richtige Weg ist, um für Versorgungssicherheit zu sorgen, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

17. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Organisation Ärzte ohne Grenzen (www.spiegel.de/politik/ausland/kunduz-aerzte-ohne-grenzen-spricht-von-kriegsverbrechen-a-1056120.html) und des UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Seid al-Hussein, (www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=16564), dass es sich bei der Bombardierung eines Krankenhauses in Kundus am 4. Oktober 2015 um ein Kriegsverbrechen handelt, und wie wird sie sich dafür einsetzen, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden?
18. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Wie viele afghanische Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen von deutschen Entwicklungsorganisationen in Kundus sind derzeit mit dem Leben aufgrund der Taliban-Übernahme von Kundus bedroht, und was genau plant die Bundesregierung zu deren Schutz zu tun?

19. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung über den von vielen Nichtregierungsorganisationen berichteten Einsatz (z. B. www.hrw.org/news/2015/08/26/yemen-cluster-munition-rockets-kill-injure-dozens) von international geächteter Streumunition im Jemen vor, und welche Schlussfolgerungen zieht sie dafür für die politische Beurteilung des Konflikts?
20. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie schätzt die Bundesregierung das Angebot der nord-jemenitischen Houthis ein, sich gemäß den Leitlinien der UN-Sicherheitsratsresolution 2216(2015) aus den von ihnen besetzten Gebieten zurückzuziehen, und wie schätzt sie die Bereitschaft der jemenitischen Regierung und ihrer arabischen Verbündeten ein, daraufhin ebenfalls die Kampfhandlungen einzustellen?
21. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung hat die Bundesregierung bei der Beschlussfassung der NATO zur Verdoppelung der „NATO Response Force“ (NRF) eingenommen (www.independent.co.uk/news/world/middle-east/syria-conflict-nato-raises-response-force-to-40000-troops-in-face-of-russia-s-aggressive-and-a6687046.html), und inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass die NATO „bereits jetzt die nötigen Fähigkeiten und die Infrastruktur [hat], um die schnelle Eingreiftruppe in [die Türkei] zu schicken“ (Aussage von NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, dpa, 6. Oktober 2015)?
22. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In wie vielen Fällen wurden nach Kenntnis der Bundesregierung seit dem Jahr 2005 Menschen wegen „widernatürlicher Handlungen“ gemäß Artikel 319 des senegalesischen Strafgesetzbuches verurteilt, und aus welchen Quellen speist sich die Kenntnis der Bundesregierung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

23. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen bzw. im Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Vorgaben des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorschlagen, um den Schutz von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen und intersexuellen Flüchtlingen vor gewalttätigen Übergriffen in den Flüchtlingsunterkünften zu gewährleisten (vgl. www.tagesspiegel.de/berlin/polizei-justiz/berlin-lichterfelde-homosexuelle-fluechtlinge-von-mitbewohnern-attackiert/12418072.html)?
24. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Auf Basis welcher Datenlage kann die Bundesregierung nach ihrer Kenntnis bestätigen, es sei „eher noch untertrieben“, dass 30 Prozent der syrischen Asylsuchenden in Wahrheit keine syrischen Staatsangehörigen seien, obwohl es keinerlei belastbare Zahlen zur großemäßigen Einschätzung hierzu gibt (Fernsehmagazin Panorama vom 9. Oktober 2015: „Falsche Syrer: Wie der Innenminister Gerüchte schürt“), und inwieweit sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen nichtbelegbaren vermeintlichen Tatsachenbehauptungen in der Öffentlichkeit, wonach ein großer Anteil schutzbedürftiger Flüchtlinge gar nicht schutzbedürftig sei, sondern es sich bei ihnen um Betrüger handeln würde, und der vermehrten Gewalt gegen Flüchtlinge (www.welt.de/politik/deutschland/article147403097/De-Maiziere-beklagt-mehr-Gewalt-gegen-Fluechtlinge.html; bitte ausführlich begründen)?
25. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen und Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Ankündigung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer (dpa vom 8. Oktober 2015: „Seehofer: Flüchtlinge sollen an der Grenze zurückgewiesen werden“), per Beschluss des Bayerischen Kabinetts „Maßnahmen der Notwehr“ ergreifen zu wollen, etwa Asylsuchende an der Grenze zu Österreich zurückzuweisen bzw. unmittelbar innerhalb Deutschlands weiterzuleiten (bitte auf beide angekündigte Maßnahmen differenziert eingehen und begründen), und inwieweit ist eine direkte Zurückweisung von Schutzsuchenden an der deutsch-österreichischen oder einer anderen EU-Binnengrenze mit geltendem Recht vereinbar (bitte ausführlich antworten und auf alle maßgeblichen Rechtsgrundlagen eingehen, die hierbei

eine Rolle spielen, z.B. den Schengener Grenzkodex, die Europäische Menschenrechtskonvention, die Dublin-Verordnung, EU-Asylrichtlinien, die Zuständigkeit für den Grenzschutz usw.)?

26. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

In welchem ungefähren Zeitraum kann es nach Einschätzung der Bundesregierung gelingen, den Beschluss des EU-Rats in Luxemburg vom 8. Oktober 2015 (vgl. council of the EU, press release 711/15, Punkt 17) umzusetzen, in Drittstaaten sichere und tragfähige Aufnahmekapazitäten zu schaffen, auch um Asylanträge von Flüchtlingen von dort nach Artikel 33 der EU-Asylverfahrensrichtlinie 2013/32/EU als unzulässig einstufen und die Betroffenen dorthin ohne vorherige Asylprüfung zurückschicken zu können, und wie sieht die Bundesregierung die Realisierungschancen konkret in Bezug auf die Türkei, vor dem Hintergrund, dass nach Artikel 38 der Asylverfahrensrichtlinie unter anderem gefordert wird, dass es in dem betreffenden Drittstaat möglich sein muss, Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) zu erhalten, was in der Türkei wegen des regionalen Vorbehalts zur GFK nur für europäische Flüchtlinge möglich ist (bitte ausführlich darlegen)?

27. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)

Warum wurde die Richtlinie 2013/33/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Juni 2013 zur Festlegung von Normen für die Aufnahme von Personen, die internationalen Schutz beantragen, bisher nicht in nationales Recht umgesetzt, obwohl dies nach Artikel 31 der Richtlinie spätestens bis zum 20. Juli 2015 hätte passieren müssen, und welche Gründe spielen dabei die unbefristeten Arbeitsverbote für Asylsuchende, die das Bundesland Bayern verhängt hat (vgl. Pressemitteilung Bayrischer Flüchtlingsrat vom 29. April 2015: „Balkan-Phobie: Bayern setzt auf Arbeitsverbote“) und die meines Erachtens gegen Artikel 15 der Richtlinie verstoßen, wonach Asylsuchende neun Monate nach Antragstellung einen Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten müssen?

28. Abgeordnete
Sabine Zimmermann (Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Bis wann will die Bundesregierung die Richtlinie umsetzen, und welche Sanktionen bzw. Strafen drohen bei Nichtumsetzung?
29. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Haltung vertritt die Bundesregierung auf Ebene der EU-Ratsarbeitsgruppen oder JI-Referenten zu der Frage, inwiefern außer den Fluglinien auch sonstige Reiseveranstalter (die sogenannten non-carrier economic operators) zukünftig angehalten oder gezwungen werden sollen, Fluggastdaten (API- oder PNR-Daten) an die zuständigen Behörden zu übermitteln (bitte auch die in Rede stehenden Abwägungsgründe angeben, sofern die Bundesregierung hierzu noch keinen Entschluss gefasst hat), und welche Details sind der Bundesregierung zu Ort, Einladenden, Teilnehmenden und Tagesordnungspunkten entsprechender Treffen im Herbst 2015 hinsichtlich der Verpflichtung von „non-carrier economic operators“ bekannt?
30. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Welche Beobachtungs-, G10- oder anderen Aufklärungs-Maßnahmen in Bezug auf die bei dem Blog „netzpolitik.org“-Tätigen sowie durch mögliche menschliche Quellen dort veröffentlichte Informationen – vor allem bezüglich deren Telekommunikationsverkehr – haben Bundesbehörden durchgeführt oder beantragt, und welche „standardisierten, niedrighschwelligigen“ Erkenntnisfragen stellte das Bundeskriminalamt (vgl. die Antwort der Bundesregierung zu Frage 34 a auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/5859) bezüglich der Personen, vor allem bezüglich der Journalisten André Meister und Markus Beckedahl (bitte vollständig aufschlüsseln je nach Datum, angefragter Stelle, betroffener Person)?
31. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass der Europäische Gerichtshof seine Entscheidung der vergangenen Woche zum „Safe-Harbour-Abkommen“ hinsichtlich der Unsicherheit unser aller Daten in den USA auf die veröffentlichten Dokumente aus dem Besitz von Edward Snowden stützt, von deren Authentizität, Beweiskraft und Zuverlässigkeit also ausgeht, für ihre bisherige Weigerung, die Voraussetzungen

für das Erscheinen des Zeugen Edward Snowden vor dem 1. Untersuchungsausschuss im Deutschen Bundestag zu schaffen (vgl. Spiegel vom 6. Oktober 2015 www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/safe-harbour-urteil-triumph-fuer-snowden-blamage-fuer-merkel-kommentar-a-1056438.html), und wird die Bundesregierung beim Generalbundesanwalt nunmehr darauf drängen, einen Anfangsverdacht anzunehmen und ein Ermittlungsverfahren einzuleiten gegen die Verantwortlichen für das berichtete anlasslose Abgreifen, Speichern und Auswerten von Daten Millionen deutscher Bürgerinnen und Bürger sowie von europäischen Wirtschaftsunternehmen, wie sich aus den Dokumenten Edward Snowdens ergibt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

32. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den im Rahmen des Abschlusses der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) angekündigten milliardenschweren Zahlungen an die Landwirtschaft zur Abmilderung der eingeleiteten Liberalisierungsschritte (<https://www.fwi.co.uk/business/canada-promises-billions-to-protect-farm-incomes-after-trade-deal.html>), und mit welchem zusätzlichen Bedarf an öffentlichen Zahlungen für EU-Landwirte rechnet die Bundesregierung im Falle einer weitgehenden Agrarhandelsliberalisierung unter TTIP (Transatlantisches Freihandelsabkommen), insbesondere um die eng mit der Landwirtschaft verknüpften europäischen und nationalen Biodiversitäts- und Umweltziele zu erreichen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

33. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welchen Stand bzw. Zeitplan (bitte möglichst in Wochen angeben) kann die Bundesregierung zur Bewertung der Lösungsvorschläge hinsichtlich der Beschaffungspläne für die zunächst unbewaffnete und später mit Lenkwaffen nachzurüstende Kampfdrohne mitteilen, nach deren Abschluss eine Auswahlentscheidung für bis zu 16 Drohnen noch in diesem Quartal erfolgen soll (Bundestagsdrucksache 18/5022)?
34. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Rückschlüsse zieht die Bundesregierung aus einem Bericht des TV-Magazins Frontal21, nach dem der EU-Militärausschuss von einem Scheitern der Phase 2 des EUNAVFOR-MED-Einsatzes ausgeht, die den bewaffneten Einsatz gegen Schlepperboote beinhaltet (www.zdf.de/frontal-21/schleuserjagd-im-mittelmeer-die-unmmögliche-mission-der-bundeswehr-kampf-gegen-schlepper-40410638.html)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

35. Abgeordnete
Kathrin Vogler
(DIE LINKE.)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung gesetzgeberisch tätig zu werden, um die Situation von Geschiedenen, die als Ehepartner von Beamten Anspruch auf Heilfürsorge oder Beihilfe zur Krankenversorgung hatten ohne selbst Beamte zu sein und nach einer Scheidung nicht mehr in eine gesetzliche Krankenkasse zurückkehren konnten, zu verbessern, und wenn sie dies nicht beabsichtigt, aus welchen Gründen nicht?